

A N T R A G

der Abgeordneten Schindele, Hundsmüller, Pfister, Razborcan, Mag. Renner, Rosenmaier, Mag. Samwald, Mag. Scheele, Schmidt, Mag. Suchan-Mayr, Weninger, Wiesinger und Windholz, MSc

betreffend: Rechtzeitig regionale und überregionale Maßnahmen gegen den drohenden Blackout setzen

Bereits 2010 kam die Studie des deutschen Büros für Technikfolgenabschätzung (TAB) beim deutschen Bundestag zum Schluss:

„Aufgrund der nahezu vollständigen Durchdringung der Lebens- und Arbeitswelt mit elektrisch betriebenen Geräten würden sich die Folgen eines langandauernden und großflächigen Stromausfalls zu einer Schadenslage von besonderer Qualität summieren. Betroffen wären alle Kritischen Infrastrukturen, und ein Kollaps der gesamten Gesellschaft wäre kaum zu verhindern. Trotz dieses Gefahren- und Katastrophenpotenzials ist ein diesbezügliches gesellschaftliches Risikobewusstsein nur in Ansätzen vorhanden. Die Folgenanalysen haben gezeigt, dass bereits nach wenigen Tagen im betroffenen Gebiet die flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit (lebens-)notwendigen Gütern und Dienstleistungen nicht mehr sicherzustellen ist. Spätestens am Ende der ersten Woche wäre eine Katastrophe zu erwarten, das heißt die gesundheitliche Schädigung bzw. der Tod sehr vieler Menschen sowie eine mit lokal bzw. regional verfügbaren Mitteln und personellen Kapazitäten nicht mehr zu bewältigender Problemlage.“

Für viele Menschen und auch Verantwortungsträger ist ein Blackout nur schwer vorstellbar, da noch kaum jemand von uns so etwas erlebt hat. Das letzte Ereignis, wo in Europa gleichzeitig mehrere Länder von einem Blackout betroffen waren, war am Ostermontag 1976, wo ein Waldbrand einen Dominoeffekt auslöste und in Folge Teile der Schweiz, Österreichs und Deutschlands für mehrere Stunden ohne Strom waren. Die Situation von damals ist jedoch in keinsten Weise mit jener von heute vergleichbar.

Blackouts gibt es auf der ganzen Welt. Zuletzt auch in den USA 2012 nach dem Hurrikan Sandy, wo auch New York betroffen war, oder (fast) jedes Jahr in der Hurrikan-Saison im Südosten. Im Unterschied zu Europa ist man dort aber auf lokale und überregionale Störungen vorbereitet, zumal diese dort immer wieder auftreten.

Als mögliche Auslöseereignisse für einen Blackout kommen eine ganze Reihe von Ereignissen infrage, wobei nach Ansicht von Experten das wahrscheinlichste Szenario ein Systemversagen – also ohne zusätzliche externe Einwirkung – weil die Komplexität dann nicht mehr beherrschbar ist und es zu massiven Betriebsmittelüberlastungen kommt, welche sich aus Eigenschutz vor Zerstörung abschalten. Weitere mögliche Auslöser sind etwa Naturereignisse, menschliches Versagen, technisches Versagen, systemische bzw. organisatorische Mängel und kriminelle Handlungen.

Der erforderliche vermehrte Ausbau von erneuerbaren Energien und damit die volatile Erzeugung von Wind- und Sonnenstrom führt leider dazu, dass die Stromnetze immer stärkeren Schwankungen ausgesetzt sind.

Allein der finanzielle Aufwand für die Netzstabilisierung ist in den letzten Jahren massiv angestiegen. So 2011 waren österreichweit für Engpassmanagementmaßnahmen 2 Millionen Euro erforderlich, 2018 waren es bereits 346 (!) Millionen Euro, also eine Steigerung um das 173-fache. Aber es geht ja nicht nur um die Kosten, denn dahinterstecken zunehmend mehr Eingriffe in den Netzbetrieb, um die Systemsicherheit aufrechtzuerhalten. Ein System, das immer häufiger unter Stressbedingungen betrieben werden muss, wird störungsanfälliger und neigt zu Dominoeffekten. So musste etwa „Wien Energie“ bis vor wenigen Jahren nur rund 15 Mal die Stromerzeugung kurzfristig hochfahren, in den letzten Jahren stiegen die erforderlichen Notmaßnahmen jedoch bis zu 240 Mal pro Jahr (also im Schnitt von etwas mehr als einmal im Monat auf zwei Mal in drei Tagen allein in Wien).

Auch das Bundesheer schätzte in seiner Sicherheitspolitischen Jahresvorschau 2020 das Szenario „Blackout“ mit einer 100-prozentigen Eintrittswahrscheinlichkeit binnen der nächsten 5 Jahre ein. Damit wird erstmals offiziell von einer staatlichen Stelle die Risikoeinschätzung offiziell bestätigt und unterstrichen. Der Eintritt einer Pandemie wurde übrigens mit einer deutlich geringeren Wahrscheinlichkeit beurteilt. BM a. D. Thomas Starlinger hat auch bereits im Sommer 2019 die Öffentlichkeit darüber informiert, dass das Österreichische Bundesheer im Fall eines Blackouts nicht (mehr) einsatzbereit sei.

Ende August 2020 referierte Gerhard Christiner, technischer Vorstandsdirektor der für die Versorgungssicherheit verantwortlichen Austrian Power Grid (APG) bei den kommunalen Sommergesprächen in Bad Aussee.

Er betonte, dass die Transportfähigkeit von Strom in Österreich mangelhaft sei. Seit Jahren funktioniert es nur mehr mit Notmaßnahmen, die sehr viel Geld kosten. Zudem sei es während des Corona-Lockdowns zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Versorgungssicherheit gekommen.

Am 08.01.2021 war es dann fast soweit: Es ist im gesamten europäischen Stromnetz – ausgelöst durch einen regionalen Stromausfall in Rumänien – zu einer starken Frequenzabsenkung gekommen und ist Europa damit sehr knapp an einem Blackout vorbeigeschrammt. Der Vorfall wird nunmehr auf europäischer Ebene analysiert, zumal es dadurch auch in anderen Ländern zu Störungen gekommen ist.

Bei dem Ereignis kam es zu einem kritischen Frequenzeinbruch und einer Netzaufspaltung im europäischen Verbundsystem. Dabei wurde der Normalbereich (49,8 – 50,2 Hz) erstmals seit dem 4. November 2006 mit 49,746 Hz unterschritten und stellt damit die zweitschwerste Großstörung im europäischen Verbundsystem (ENTSO-E RG-CE) dar. Gemäß ENTSO-E Klassifizierung/ENTSO-E. Awareness System (EAS) wurde damit die dritte von vier Warnstufen erreicht.

Bei der Störung 2006 hatte die Abschaltung zweier Hochspannungsleitungen in Deutschland zu einem Frequenzabfall geführt, worauf in mehreren europäischen Ländern der Strom ausfiel. Dies ist am 08.01.2021 nicht passiert, aber es war nach Angaben von Experten denkbar knapp.

Das Sicherheitsnetz hat (diesmal noch) gegriffen, zahlreiche Kraftwerke in ganz Österreich (und auch in anderen Ländern) haben sofort Energie zur Netzstabilisierung nachgeliefert. Einmal mehr zeigte sich, wie wichtig die Netzreserve und damit die Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen sind. Sie laufen aktuell auf Hochtouren. In Niederösterreich dient etwa das Kraftwerk Theiß bei Krems als Puffer für solche Fälle. Dieses allein reicht aber nicht aus, man könnte provokant formulieren, dass sich Österreich bei der Versorgungssicherheit immer stärker auf Atom- und Kohlekraftwerke in der Nachbarschaft verlässt. Auch die „EVN“ sieht nach dem beinahe eingetretenen Blackout die Notwendigkeit, neue Rahmenbedingungen zu schaffen, um im Notfall ohne Stromzulieferungen aus Kohle- und Atomkraftwerken benachbarter Länder auszukommen. Nicht ohne Grund wird daher seitens der EVN eine gesetzliche Grundlage für mehr Gaskraftwerke gefordert.

Wind, Sonne und Wasserkraft sind nämlich nicht geeignet, die Produktion binnen kürzester Zeit zu erhöhen. Auch wenn die Zukunft natürlich dieser Energieform gehört, braucht es als „Backup“ jedenfalls schnellstartende Gaskraftwerke, im besten Fall mit kleinen Gasturbinen, die mit Naturgas aus überschüssigem Ökostrom betrieben werden.

Auch wenn kurz vor Jahreswechsel im Nationalrat eine Neuregelung der Netzreserve beschlossen wurde: Für eine langfristige Vorhaltung sind noch weiter viele Fragen für die Betreiber offen. Versorgungssicherheit und Planungssicherheit gehen Hand in Hand. Eine faire Regelung, betreffend entsprechende Abgeltungen und Sicherheit für Investitionen in Instandhaltung oder Neubau von Kraftwerken sind unbedingt erforderlich. So strebt etwa „Wien Energie“ mittelfristig die Umstellung auf Grünes Gas an.

Im Fall eines großflächigen Blackouts sind die Konsequenzen entscheidend, welche damit verbunden sind und ob wir mit diesen umgehen könnten. Wobei hier offen gesagt werden muss: Das können wir nicht!

Der österreichische Blackout-Experte und Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Krisenvorsorge, Herbert Saurugg, warnt seit Jahren vor den unterschätzten Wiederanlaufzeiten nach einem europaweiten Strom-, Infrastruktur- sowie Versorgungsausfall („Blackout“). In seiner Blackout-Definition rechnet er mit einem europaweiten Stromausfall als Primärereignis, der in Österreich nach etwa einem Tag und auf europäischer Ebene nach rund einer Woche behoben werden können sollte. Darüber hinaus sei zu erwarten, dass es nach dem Stromausfall noch mehrere Tage dauern könnte, bis die Telekommunikationsversorgung (Handy, Festnetz, Internet) wieder funktioniert. Bis dahin funktioniere aber weder eine Produktion noch eine Warenverteilung. Hinzu kommen die transnationalen Abhängigkeiten in den Lieferketten. Ein breiter Wiederanlauf der Versorgung mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen (Lebensmitteln, Medikamente, Medizingüter, Gesundheitsdienstleistungen etc.) solle frühestens in der zweiten Woche erwartet werden, womit bereits mit verheerenden Folgen zu rechnen ist.

Im Gegensatz zur Corona-Krise (Pandemie) gibt es bei einem Blackout keine Vorwarnzeit. Der Ausfall sämtlicher Versorgungsleistungen ist binnen weniger Minuten bis Stunden zu erwarten. Die Möglichkeit einer Koordinierung durch die Bundesregierung wie in der Corona-Krise wird daher bis zum breiten Wiederanlauf der Telekommunikationsversorgung nur sehr eingeschränkt möglich sein. Die Gesellschaft zerfällt bis dahin in Kleinststrukturen. Eine Hilfe ist nur mehr auf lokaler Ebene, in den Gemeinden, möglich. Vielen BürgermeisterInnen ist diese Verantwortung nicht bewusst, noch gibt es mit wenigen Ausnahmen konkrete ganzheitliche Vorbereitungen.

Einzelne besonders gefährdete Bereiche und mögliche Folgen:

- In produzierenden Unternehmen entscheidet eine rasche Information über den Eintritt eines Blackouts über mögliche zusätzliche Schäden. Auch beim Wiederanlauf können enorme Schäden entstehen, wenn in dieser Phase der Strom erneut ausfallen sollte (was durchaus wahrscheinlich ist).
- Der Gesundheitssektor ist im Fall eines Blackouts besonders verwundbar und gefährdet, da nur in Spitälern eine Notstromversorgung vorgeschrieben ist und diese auch nur einen Teilaspekt bei der Blackout-Bewältigung darstellt. Nur wenige Krankenhäuser sind in der Lage, die Eigenversorgung und Entsorgung ohne externe Unterstützung und Leistungen mehr als ein paar Tage aufrechterhalten zu können. Durch zahlreiche internationale Abhängigkeiten in der Logistik ist in Folge eines Blackouts mit massiven Engpässen zu rechnen. Daher wird rasch nur mehr eine absolute Notversorgung möglich sein, da andernfalls mit einem kompletten Zusammenbruch der Versorgung zu rechnen ist. Pflegeeinrichtungen und die mobile Pflege werden ebenfalls nur mehr sehr eingeschränkt aufrechterhalten werden können.
- Im Landwirtschafts- und Lebensmittelversorgungssektor ist mit erheblichen Ausfällen und Problemen in Folge eines Blackouts zu rechnen. Damit könnte es auch aufgrund der internationalen Abhängigkeiten in der Logistik zu längerfristigen und beträchtlichen Versorgungsengpässen kommen.
- Aufgrund der sehr eingeschränkten Vorsorge in der Bevölkerung muss damit gerechnet werden, dass es auch zu Eskalationen und Übergriffen (Plünderung von Supermärkten) kommen kann. Eine Zerstörung von für die Versorgung wichtigen Einrichtungen würde dazu führen, dass der Wiederanlauf noch deutlich länger dauern würde. Die Polizei wird nicht alle Aufgaben wahrnehmen können.

Als Gesellschaft können wir uns ein solches Ereignis eben nicht leisten, denn ein solches würde in Mitteleuropa, im Gegensatz zu vielen anderen Weltgegenden, zu unvorstellbaren und verheerenden Auswirkungen führen. Schlicht und ergreifend deshalb, weil wir hier alles auf eine funktionierende Stromversorgung aufgebaut und so gut wie kaum noch über Rückfallebenen verfügen. Weder auf der persönlichen, noch auf organisatorischen oder staatlichen Ebenen. So liefern etwa Notstromaggregate in Krankenhäusern nur für kurze Zeit die notwendige Energie um den Betrieb aufrecht zu erhalten, danach wird es kritisch. Andere Bereiche verfügen nicht einmal über Notstromeinrichtungen.

Auch der Einkauf im Supermarkt oder tanken könnte zu einer Unmöglichkeit werden. So stellte die KIRAS-Sicherheitsforschungsstudie „Ernährungsvorsorge in Österreich“ (2015) erhebliche Mängel in der Vorsorge fest: Demnach erwarten rund drei Millionen Menschen oder ein Drittel der Bevölkerung, dass sie sich im Fall eines Blackouts maximal vier Tage selbst versorgen können. Nach sieben Tagen betrifft das bereits rund sechs Millionen Menschen, oder zwei Drittel der Bevölkerung.

Es müssen daher rasch technische, wirtschaftliche und rechtliche Maßnahmen gesetzt werden, welche einerseits

- das Risiko eines Blackouts soweit wie möglich minimieren und andererseits
- im Falle eines tatsächlichen längerdauernden Blackout die Folgen für die Bevölkerung unseres Landes so gering wie möglich zu halten.

Solche Maßnahmen (welche hier bewusst weit gefasst werden) können insbesondere sein:

- Setzen von umfassenden (technischen und rechtlichen) Maßnahmen zur Erhöhung der Netzstabilität
- Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft des Bundesheeres und der Polizei samt entsprechender detaillierter Einsatzpläne für den Ernstfall
- Sicherstellung der Aufrechterhaltung einer (zumindest) zweiwöchigen Notversorgung im Gesundheitswesen samt gesamtstaatlichen Vorgaben und Plänen hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Notbetriebes (Triage, Aussetzung von Sicherheitsvorschriften etc.)
- Förderung der Entwicklung von Konzepten, welche die natürliche Schwankung bei der Erzeugung von Energie aus Wind bzw. Sonne ausgleicht bzw. erheblich reduziert
- Regelungen zur Sicherstellung langfristiger Vorhaltung von Netzreserven sowie verstärkte Förderungen von Biogasanlagen zur Stabilisierung des (nieder-)österreichischen bzw. europäischen Stromnetzes
- Umfassende Aufklärung der Bevölkerung über die Gefahren eines Blackouts sowie der möglichen Vorsorgemaßnahmen zur Stärkung der Eigenvorsorge sowie Aufklärung darüber, dass im Fall eines Blackouts im Gesundheitswesen nur mehr ein absoluter Notbetrieb aufrechterhalten werden kann

- Entwickeln von Plänen und Setzung von Vorkehrungen, um Versorgungsengpässe in der Grundversorgung abzufedern
- Entwickeln von Plänen und Setzung von Vorkehrungen zur Verminderung von zusätzlichen Schäden im Bereich der Lebensmittelproduktion (Ausfälle in der Tierhaltung, Kühlgüter, Zerstörung von Einrichtungen), dies allenfalls unter Einbindung der Lebensmittelketten und Vertretern der Landwirtschaft
- Entwickeln von Krisenkommunikationskonzepten, um die Lage so lange wie möglich zu deeskalieren
- Planung von Vorbereitungsmaßnahmen zum Schutz „gestrandeter Personen“ (zB. SchülerInnen, Pendler, Touristen)
- Entwicklung von speziellen Notfallplänen zum Schutz der Bevölkerung, etwa auch vor drohender Anarchie bei länger andauerndem Ausfall des Stromnetzes

Denn nur durch rechtzeitig eingeleitete Vorsorgemaßnahmen und eine landesweit bzw. europaweit abgestimmte Strategie könnte der (erwartbare) Schaden so gering wie möglich gehalten werden. Gerade in so herausfordernden Zeiten können wir uns keine weitere Krise leisten.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert,

1. an die Bundesregierung heranzutreten und darauf hinzuwirken, dass diese einerseits rasch bundesweite Konzepte zur Abwehr eines drohenden landesweiten Blackouts erarbeitet und umsetzt und sich andererseits auf europäischer Ebene dafür einsetzt, dass derartige Maßnahmen auch im Rahmen der Europäischen Union ausgearbeitet und umgesetzt werden, sowie

2. im Bereich der Landeskompetenzen selbst Maßnahmen und Strategien auszuarbeiten und rasch umzusetzen, welche sicherstellen sollen, dass einerseits die Gefahr eines Blackouts in Niederösterreich soweit wie möglich hintangehalten wird und andererseits im Falle eines tatsächlichen Blackouts in größerem Ausmaß die Folgen für die Bevölkerung auf ein Mindestmaß reduziert werden.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss so rechtzeitig zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung in der Landtagssitzung vom 25.02.2021 möglich ist.